



f Elke Kahr

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Gemeinderatssitzung 12. Dezember 2013

GRAZ **KPO** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs



WOHNEN: Die EU mischt sich ein

So agiert die EU: Im Zweifelsfall bekommen Immobilienlobbys gegen die Interessen der Bevölkerung Recht.

Staaten wie Schweden, Frankreich und die Niederlande sind bei der EU verklagt worden. Dort gibt es nämlich geförderten Wohnbau für breite Bevölkerungsschichten. Das passt den Miethaien nicht. Die EU verlangte daraufhin tatsächlich in mehreren Fällen eine Senkung der Einkommensgrenzen für geförderte Wohnungen.

Elke Kahr: „Setzt sich dieser Kurs durch, könnten bald nur mehr die allerärmsten Menschen in geförderte Gemeindewohnungen einziehen dürfen. Dies hätte noch mehr Ghettos zur Folge.“

Jedoch haben mittlerwei-



Manfred Eber initiierte Protest gegen EU

le bereits 27 europäische Städte – unter ihnen Wien, Berlin, Paris, Amsterdam und Barcelona – sich dazu entschlossen, eine Resolution an die Europäische Kommission zu richten, um sich gegen die Einmischung der EU in die Wohnbaupolitik der Nationalstaaten zur Wehr zu setzen. Im Gemeinderat regte **Manfred Eber** (KPÖ) an, dass sich auch die Stadt Graz diesem Protest anschließt.

„Der geförderte Wohnbau,

wie es ihn bisher in Österreich gegeben hat, darf nicht durch EU-Vorgaben ausgehebelt werden. Er muss weiter für die Mehr-

heit der Bevölkerung da sein“, so Eber. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hat auch die Stadt Graz spekuliert?

Laut einem in der Zeitschrift „News“ veröffentlichten Artikel soll u. a. die Stadt Graz riskante Geschäfte mit der Bank Austria abgeschlossen haben, bei denen lediglich die Bank verdient habe. Auf die diesbezügliche Frage von KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber** an Finanzstadtrat Rüscher meinte dieser, das stimme nicht, im Gegenteil, die Stadt hätte nur **ein** derartiges Geschäft abgeschlossen und dabei sogar gewonnen. Es sei doch normal, wenn eine Bank bei ihren Geschäften Gewinne mache anstatt dabei draufzuzahlen.

Parteien kassieren immer mehr

ÖVP, SPÖ und FPÖ haben am 12.12. im Gemeinderat beschlossen, die Parteienförderung Jahr für Jahr automatisch zu erhöhen. Die KPÖ hat dagegen gestimmt.

Im Mai hatte die Rathastroika die Parteienförderung bereits drastisch erhöht.

Stadträtin **Elke Kahr** und Gemeinderat **Kurt Luttenberger:** „Bei Wohnbeihilfen, Pensionen oder der Familienbeihilfe ist von automatischen Erhöhungen keine Rede, bei der Parteienförderung aber schon. Eine solche Vorgehensweise der Politik ist unverantwortlich und für die

Bürger/innen immer schwerer nachvollziehbar!“

Und die FPÖ? Im Landtag stimmte sie gegen die Erhöhung der Parteienförderung, im Gemeinderat war sie dafür.

Das will die KPÖ:

Andreas Fabisch stellte den Antrag, die Parteienförderungsgelder zu kürzen und mit dem Geld die Bezirksbudgets zu verdoppeln. Dadurch könnten mehr Unterstützungen für wichtige Maßnahmen und Projekte

in den einzelnen Bezirken, z. B. zur Aufwertung von Kinderspielplätzen, Grünanlagen und Sportplätzen, für Kultureinrichtungen, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit oder für die Durchführung von Schulveranstaltungen aufgewendet werden.

Frischmilch in Graz

„Viele Grazer/innen greifen bei der Frischmilch gerne zu regionalen Produkten, um sich der Frische und Qualität sicher zu sein und lange Lieferwege zu vermeiden“, so Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Sie regte in der Gemeinderatssitzung das Aufstellen von Milchautomaten an viel frequentierten Orten wie an Spielplätzen oder vor Schulen an.

„So kann man Wege und Geld sparen – die Milch im Automaten ist etwas günstiger als im Supermarkt – und ein regionales, frisches Produkt kaufen, dessen Produzent damit direkt unterstützt wird“, so Braunersreuther.



GR Kurt Luttenberger

Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat am 12. Dezember 2013

Alle Initiativen im genauen Wortlaut finden Sie unter www.kpoe-graz.at/gemeinderat

Baumfriedhof Jakominiplatz

Bei der Neugestaltung des Jakominiplatzes im Jahre 1996/97 sind nach Auffassung der KPÖ sehr viele Fehler passiert. „Vor allem die Baumpflanzungen sind mehr als fehlerhaft und Erholungsmöglichkeiten kaum



vorhanden. Schon seit Jahren ist der Jakominiplatz ein regelrechter „Baumfriedhof“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Er beantragte daher ein Grünraum- und Erholungsgesamtkonzept für den Jakominiplatz.

Wetzelsdorfer Straße

Der rasche Bau eines über mehrere Kilometer fehlenden Geh- und Radweges in der Wetzelsdorfer Straße sowie die Einrichtung von mobilen Querungsmöglichkeiten vor Ort waren Gegenstand einer Frage von Gemeinderat **Christian Sikora** an den Verkehrsstadtrat. Schon mehrmals machte eine Bürgerinitiative auf die aufgrund des stets wachsenden Individualverkehrs immer ge-

fährlicher werdende Situation in der Wetzelsdorfer Straße aufmerksam.

Die Finanzierung von Geh- und Radweg ist gesichert. Stadt und Land zahlen je die Hälfte. Die Bauarbeiten sollen allerdings erst im Sommer 2014 beginnen. Eine sichere Querung der Straße durch einen Schutzweg vor Fertigstellung des Geh- und Radweges lehnte der FP-Stadtrat jedoch ab.

Verkehrsberuhigung

Die Theodor-Storm-Straße hat sich zu einem Schleichweg für den LKW-Verkehr entwickelt. „Die 30-er Beschränkung wird dort nur von wenigen eingehalten“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. „Dadurch ergibt sich vor allem für die

Kinder und Jugendlichen, deren Schulweg dort verläuft, ein besonderes Gefahrenpotential.“ Er setzte sich im Gemeinderat für ein LKW-Fahrverbot sowie wirksame Maßnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung ein.

Im Interesse der Fahrgäste

Mit zwei Anträgen regte KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** Verbesserungen bei den Graz-Linien an. Zum einen beantragte er eine bessere Ausleuchtung der Fahrpläne in den Wartehäuschen. „Teilweise sind sie schon am späten Nachmittag schwer oder gar nicht mehr lesbar“, weiß Fabisch. Zum anderen fordert er, die Straßenbahnen mit klaren Linienbezeichnungen an ihren Längsseiten auszustatten. Den meisten

fehlt eine solche, was häufig zu Verwechslungen, Hektik und Ärgernissen bei den Fahrgästen führt. In einem weiteren Antrag forderte er eine Taktverdichtung bei der Linie 1 zwischen 5 und 6 Uhr morgens, wo sie wegen des Berufsverkehrs dringen nötig wäre.



Landeswohnungen

Seit zwei Jahren kursiert das Gerücht, dass das Land beabsichtige, die in seinem Besitz befindlichen rund 1000 Landeswohnungen, von denen sich 882 in Graz befinden, zu verkaufen. SP-Gemeinderätin Susanne Bauer wollte von Wohnungsstadträtin Elke Kahr wissen, ob sie denn diese Wohnungen für die Stadt Graz erwerben wolle. „Überträgt das Land die Wohnungen gratis an die Stadt, nehmen wir sie natür-



lich gerne. Das ist aber nicht zu erwarten, denn mit dem Verkauf sollen ja Budgetlöcher beim Land gestopft werden“, machte Kahr deutlich. Dass die Stadt aber dem Land auf diese Weise bei der Entschuldung helfen könne, schloss der zuständige Finanzstadtrat Rüsich aus. Kahr appellierte an die Landesregierung einen Verkauf der Landeswohnungen zu verhindern, um leistbaren Wohnraum zu erhalten.

SeniorInnenschwimmen

Jeden Montag zwischen 9 und 12 Uhr wird im Grazer Bad zur Sonne das SeniorInnenschwimmen angeboten. Um nur 2 Euro – für MindestpensionistInnen nur 1 Euro – können ältere Menschen auch mit geringem Einkommen sich sportlich betätigen. „Das Angebot ist so beliebt, dass nicht alle SeniorInnen

d a n n auch wirklich zum Schwimmen kommen“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Sie setzte sich deshalb für die Ausweitung dieses Angebots ein.



Leichter zum Hundekunde-Nachweis

Seit dem Vorjahr müssen Hundehalter/innen einen Hundekundenachweis erbringen, um einer Verdoppelung der Hundeabgabe zu entgehen. Damit dies in Zukunft leichter möglich ist, dürfen nun auch einige Hundeschulen die erforderliche Ausbildung durchführen. Die im Gemeinderat beschlossene neue Hundeabgaben-



ordnung sieht außerdem eine Ermäßigung oder gar gänzliche Nachsicht von der Abgabe in einzelnen Härtefällen vor. KPÖ Klubobfrau **Ina Bergmann** brachte den Antrag ein, dass auch Personen, die einen Hund aus dem Tierheim beziehen, bei Vorliegen eines Hundekundenachweises von der Hundeabgabe befreit werden sollten. Der Antrag wurde nicht zugelassen.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (12. 12.2013)

- ⇒ Aufstellen erforderlicher Mistkübel in Richtung obere Platte (Mariatrost) – Antrag von Gemeinderat Andreas Fabisch
- ⇒ Instandhaltung des Gedenksteins für die jüdischen Frontkämpfer – Antrag von Gemeinderat Andreas Fabisch



Elke Kahr. KPÖ
Tel. 0316 / 71 24 79
www.kpoe-graz.at